



Bürgerinformation

der Stadt Quickborn

Rathausplatz 1
25451 Quickborn

Tel.: 04106 / 611-201
Fax: 04106 / 611-400
eMail: info@quickborn.de

Nr. 25 / 2012

Quickborn, den 28.02.2012

Ansprechpartner für diese Bürgerinfo: Herr Lattmann, Tel.: 04106 / 611-211

Bürgermeister Thomas Köppl hat auf Äußerungen der Bundestagsabgeordneten Valerie Wilms in Sachen 380 KV-Leitung im Quickborner Tageblatt vom 25.02.12 in der Sitzung der Ratsversammlung am 27.02.12 unmittelbar reagiert und die nachfolgend dargestellte Antwort auch Frau Wilms zugeleitet.

Einsatz für Quickborn sieht anders aus Frau Abgeordnete Wilms.

Ihre Abgeordnetenkollegen der SPD und CDU aus Bund und Land setzen viel Kraft und Zeit zur Lösung des sehr komplexen Themas „380 KV-Leitung“ ein. Sie machen sich ein Bild, sprechen mit den Beteiligten, vermitteln und tun das ihnen Mögliche. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie sich vor einer Pressemitteilung zumindest aktuell sachkundig gemacht hätten. Leider war Ihr bisheriger Einsatz für die berechtigten Interessen der Bevölkerung nicht spürbar.

Wie Ihnen scheinbar nicht bekannt ist, ziehen die Quickborner (Initiativen, politische Gremien und Verwaltung) an einem Strang. Die örtlichen Grünen schließe ich ausdrücklich mit ein. Die von Ihnen geforderten nichtöffentlichen vorbereitenden Konsultationen fanden natürlich statt und standen Ihrer Informationsquelle - den Tageszeitungen - vielleicht nicht zur Verfügung. Ihr Informationsdefizit den Quickbornern in die Schuhe schieben zu wollen, ist schon befremdlich. Sofern Sie versuchen einen politischen Keil zwischen die handelnden Initiativen zu treiben, wird ihnen das nicht gelingen. Die Beteiligung von Bürgern muss rechtzeitig erfolgen und Beratungen müssen früh und offen geführt werden. Die Information der Quickborner Bevölkerung erfolgte unmittelbar vor den öffentlichen Sitzungen der politischen Gremien in Hasloh. Ich bin nicht der Meinung, dass die

Quickborner Bevölkerung von alternativen Lösungsansätzen aus der Berichterstattung über Hasloher Gremienberichterstattung erfahren sollte.

Sehr geehrte Frau Wilms, Sie geben sehr offen der Energiewende und den wirtschaftlichen Interessen den Vorzug vor dem Gesundheitsschutz und dem Einsatz schonender Technik und ziehen sich auf Rechtsprechung zurück, wenn Verantwortung der Abgeordneten gefragt ist. Von einer Politikerin der Grünen von Träumereien zu hören, wenn es um Strahlenschutz geht, ist eine neue Erfahrung. Auch die Verschiebung der Verantwortung weg von Betreibern auf Betroffene ist ein Unding.